

USA	Europäische Integration	Frage eines (west-)deutschen Verteidigungsbeitrags (plus Souveränitätsfrage)	Einheitsfrage	Östliche Initiativen	SU
<p>In der Praxis kein 'roll back', nur 'CONTAINMENT': so beim 17. Juni 1953, beim Ungarn-Aufstand 1956, beim Berliner Mauerbau 1961, bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ von 1968 durch Truppen des Warschauer Pakts (durch Rote Armee inklusive der NVA der DDR), aber auch im Korea- und im Vietnamkrieg!</p>	<p>1950 Beitritt zum Sträßburger Europa.</p> <p>Der Schuman-Plan (des frz. Auß.min., s. Buch, S. 229, M2!) führt zur 1952 Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle u. Stahl mit supranationaler Behörde, Frkr./Bu'rep. Dtl./Benelux/Italien, entscheidender erster Schritt zur europ. Wirtschaftsintegration!</p> <p>1957 „RÖMISCHE VERTRÄGE“ = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Frkr./Bu'rep./Ital./Benelux) (EWG) („Europa der Sechs“)</p>	<p>1949/50 Gedanke eines deutschen Verteidigungsbeitrags gleichzeitig von USA, GB und Bundeskanzler Adenauer ins Auge gefasst. Auslöser: KOREA-SCHOCK → führt zur Enttabuisierung eines deutschen Wehrbeitrags; daneben auch: Sieg Mao Tse Tungs 1949 im chinesischen Bürgerkrieg; Bei Bundesregierung gestiegte Sorge um Sicherheit der Bundesrep. u.a. wegen Aufbaus quasimilitärischer kasernierter Volkspolizei in der DDR sowie wegen des - infolge weitgehender Demobilisierung der Westmächte nach 1945 - vielfachen militärischen Übergewichts des Ostens.</p> <p>Zugleich diese Frage von Adenauer als Hebel zur Wiedererlangung der Souveränität u. Beendigung des Besatzungsstatuts betrachtet. Bundesrep.Dtl. von 1949 bis 1955 noch unter „Besatzungsstatut, d.h. die 3 „Alliierten Hohen Kommissare“ standen über der Bundesregierung [1951 revidiert, ab da z.B. eigenes Außenministerium]. Heftige Polarisierung der öff. Meinung in der Bu.Rep. Teile der evang. Kirche sowie der Gewerkschaften heftig gegen Remilitarisierung. SPD bestreitet dem 1949 gewählten Bundestag die Legitimation, dies zu beschließen.</p> <p>Nach heiklen Verhandlungen Vertrag zur Gründung einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ [EVG] März 1952 unterschrittsreif, März 1953 vom Bundestag nach leidenschaftlichen Debatten mit 225:165 angenommen; ebenso in den anderen westlichen Parlamenten – jedoch nicht in Frankr.</p> <p>Deshalb als Ersatzlösung: NATO-Beitritt der Bundesrepublik Dtl. (mit 500.000) plus Deutschlandvertrag [= Souveränität, d.h. Ende des Besatzungsstatuts, Regelung der Präsenz der per NATO verbündeten Streitkräfte durch Stationierungsabkommen]. In diesen PARISER VERTRÄGEN [1955] legen sich die Westmächte auf das Ziel einer deutschen Wiedervereinigung fest [wurde 1990 eingelöst];</p> <p>dazu Absprache der Rückkehr des Saarlandes. zu Deutschland [geschah dann am 1.1.1958].</p>	<p>Wiedervereinigungsauftrag in der bis 1990 gültigen Präambel des GG, Festhalten an der Viermächteverantwortung für ganz Dtl. (wurde 1990 sehr wichtig); Festhalten an Begriff u. Existenz der deutschen Nation und damit auch an einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft; damit zus.hängend Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als Kernstaat des rechtlich fortbestehenden Dt. Reiches mit dem demokratisch handlungsfähigen Teil der deutschen Nation; daraus resultierend die „Hallstein-Doktrin“ (= mit Ausnahme der SU, mit der man 1955 diplom. Beziehungen aufnahm, keine dipl.Bez.mit Ländern, die die DDR anerkennen) stets Hoffnung, dass von den freiheitlichen und wirtsch.-sozialen Verhältnissen der Bu'rep. eine „Magnetwirkung“ auf die DDR-Bevölkerung ausgehen werde. [= „Magnettheorie“] [* = 1969ff im Zug der Ostpolitik Willy Brandts aufgegeben; ebenso wie die Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze] = von allen Bundesregierungen bis 1990 festgehalten!]</p>	<p>Auch die erste DDR-Verfassung von 1949 beansprucht Geltung für ganz Dtl.; bezeichnet die DDR als „Kerngebiet“, mit dem sich Westdeutschland, dem man die demokratische Legitimation abspricht, zu einem im östlichen Sinn demokratischen GesamtDtl. vereinigen müsse.</p> <p>Sowohl vor Ratifikation des EVG-Beitritts [Stalin-Note von 1952] wie auch des NATO-Beitritts der Bu.rep. jeweils Angebot: Freie Wahlen bei Verzicht auf Beitritt zu militärischem Westbündnis, d.h. Neutralisierung.</p> <p>1955 als Reaktion auf NATO-Beitritt der B'rep. Gründung des Warschauer Pakts [UdSSR plus die osteuropäischen Satellitenstaaten der UdSSR inklusive DDR (mit der Nationalen Volksarmee)]</p>	<p>1949 1. sowjetische Atombombe = ab jetzt zwischen Ost u. West nukleares Patt</p> <p>1953 stirbt Stalin</p> <p>1953 1. sowjet. H-Bombe</p> <p>1956 Beginn der „Entstalinisierung“ neue Führungsfigur Chruschtschow</p> <p>Seit 1959/60 auch sowjet. Interkontinentalraketen, damit nukleares Patt als Grundtatsache (→ Entspannungsinteresse der Supermächte, um den nuklearen Schlagabtausch zu vermeiden)</p>
<p>Grundgedanke von Adenauers „Politik der Stärke“:</p> <p>Die Bu'rep. durch Einbeziehung in die westl. Gemeinschaft (europ. Integration, atlantisches Bündnis) in eine Position der Stärke gegenüber dem Osten zu bringen. Durch die Geschlossenheit u. Stärke des Westens würde Sowjetrußland dahin gebracht werden, von expansiven Plänen Abstand zu nehmen u. dem Freiheitswillen des sowjetisch besetzten Ostmitteleuropa Rechnung zu tragen. Dann würden Verhandlung mit der S.U. über eine Neuordnung Europas möglich sein. Dann auch Wiedervereinigung Dtl.s möglich. Maxime: Wiedervereinigungsziel nicht auf Kosten von Sicherheit und Freiheit</p> <p>[Rangfolge: Erst Sicherung der Freiheit, dann Einheit.]</p> <p>Neutralität [mit zwangsläufiger Folge des Rückzugs der USA aus Europa] in Adenauers Sicht unvermeidliche Gefahr, dass Dtl. über kurz oder lang in die sowjet. Machtphäre einbezogen würde.</p> <p>Adenauer sieht gewisse erste Bestätigung im Ergebnis seiner Moskau-Reise 1955 auf sowjet. Einladung: diplomat. Beziehungen, 10.000 deutsche Kriegsgefangene zurück.</p> <p>Primär angestrebt u. auch erreicht wurde die defensive Zielsetzung dieses Konzepts: die Ausdehnung des Sowjetkommunismus nach Westeuropa zu verhindern u. die Bundesrepublik als den entscheidungsfähigen Teil Dtl.s zum souveränen, zur „freien Welt“ gehörigen Staat aufzubauen.</p> <p>Die Wiedervereinigungserwartung ging erst sehr viel später – und mit als Resultat der Politik späterer Bundesregierungen (Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl) – auf; doch haben alle, auch die SPD-geführten Bundesregierungen, auf der von Adenauer gelegten Grundlage Politik gemacht. Die SPD stellte sich ca. 1959 auf den Boden der NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik</p>					